

Hochschulkolleg stellte sich vor

Über Aufgaben, Geschichte und weitere Vorhaben des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs informierten am 28. Januar 1991 dessen Präsident, Prof. Dr. David, sowie Sekretär Prof. Dr. Dreyfus.

Seit nunmehr 30 Jahren gibt es dieses Kolleg als Form der deutsch-französischen Hochschulkooperation auf der Basis eines Freundschaftsvertrages innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Zu den Aufgaben gehören integrierte Studiengänge von deutschen und französischen Studenten, vorwiegend in betriebswirtschaftlicher und ingenieurtechnischer Richtung. Dieses Studium führt dann zu einem Abschluss, der gleichermaßen in beiden Ländern gültig ist.

„alma-Frauen“ versammeln sich

Zu einer Mitgliederversammlung sind interessierte Frauen heute, Montag, den 11.2., 12.30 Uhr, in den Hörsaal I des Hörsaalgebäudes in der Universitätsstraße eingeladen.

Am 17. Januar 1991 hatte sich „alma-Frauen in der Wissenschaft“ mit folgenden Zielen gegründet: Förderung der Frauenforschung an der KMU, verschiedene Frauenforschungsprojekte sowie Unterstützung der Frauengleichstellungsbewertungen.

Zur Mitgliederversammlung sollen Strategien zur Umsetzung dieser Ziele beraten und Mitglieder aufgenommen werden.

Promotionen

Promotion A

Bereich Medizin

Cornelia Scheitschork, am 28. Februar, 13 Uhr, 7010, Hübnerstraße 16-18 (4. Etage), Konferenzzimmer des Institutes für Pharmakologie: Die Bestimmung des stimulatorenspezifischen, abhängigen poststimulatorischen Einschwingverhaltens der Sinusknotenautonomie - ein neuer invasiver Parameter für die Diagnostik von Sinusknotenfunktionsstörungen?

Astrid Schmidt, Frank-Peter Schmidt (Kollektivarbeit), gleiche Zeit und gleicher Ort: Zum antikonvulsiven Wirkungsprofil von N-Methyl-Proparacetol, Proparacetol, Talinolol und Lidocain. Ergebnisse der Literatur und experimentelle Beiträge.

Axel Nöhning, gleiche Zeit und gleicher Ort: Die nutritive Kupferversorgung der Bevölkerung.

Matthias Schneider, gleiche Zeit und gleicher Ort: Elektrophysiologische und biochemische Untersuchungen zur antikonvulsiven Wirkung des N-Cholinolytikums Etoferon.

Bereits verteidigt haben **Antje Ungethüm** und **Peter Ungethüm** ihre Promotionschrift zum Thema: Untersuchungen zur Kreatininausscheidung im Urin als Basis zur Bestimmung von Urinparametern in der Neonatalperiode.

Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften

Andre Märten, am 12. März, 10 Uhr, 7010, Universitätsstraße, Seminargebäude der KMU, Raum 00.91: Erbe und Gegenwart madagassischer Kultur. Untersuchungen zur Funktion der literarischen und künstlerischen Tradition.

Sektion Kultur- und Kunstwissenschaften

Ralf Schabert, am 13. Februar, 15 Uhr, 7030, Tieckstraße 4, Fachbereich Musikwissenschaft/Musikervermittlung, Hörsaal I: Zur Funktion von Kenntnissen und Fähigkeiten auf rhythmisch-metrischem Gebiet bei der Heranführung von Schülern unserer Klassen an das Musikschaffen der Gegenwart.

Impressum

Herausgeber: Rektor der KMU
 Chefredakteur: Helmut Rosan
 Redaktion/Redaktionsbeiräte:
 Wissenschaft: Jürgen Siewert (stellv. Chefredakteur), Prof. Dr. sc. Günter Katsch, Prof. Dr. sc. Manfred Neuhäus, Doz. Dr. sc. Karl-Wilhelm Haake, Dr. Roland Mildner
 Bildung: Prof. Dr. Jürgen Gribitzsch, Dr. Catherina Schmidt
 Gesellschaftliches Leben/Kultur: Dr. Elke Leinhold (Redakteur), Britta Kühne, Henner Kotte, Dr. Manfred Renner
 Vertrieb/Finanzen: Doris Börner
 Adresse: Augustusplatz 9, PF 920, Leipzig, 7010, Tel. 7 19 21 26/27
 Satz und Druck: Leipziger Verlags- und Druckerei-Gesellschaft mbH III/18/138
 Einzelpreis: 30 Pfennige, 35. Jahrgang, erscheint wöchentlich.
 Die veröffentlichten Texte sind nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers und der Redaktion identisch.
 Redaktionsschluss: Montag, 12 Uhr.

Volkswagen-Stiftung stellte ihre Fördermöglichkeiten vor



(UZ) Die Volkswagen-Stiftung stellte sich während einer Veranstaltung am 1. Februar im Konferenzraum des Hauptgebäudes der KMU am Augustusplatz vor. Der Generalsekretär Rolf Möller informierte dabei über Aufgaben, Gründungsgeschichte, Stiftungskapital und Fördermittel, die derzeitigen Förderschwerpunkte und andere Themen. Ebenso beantwortete er Fragen der interessierten Teilnehmer.

Die Volkswagen-Stiftung ist eine gemeinnützige Stiftung privaten Rechts. Ihre Aufgabe ist die Förderung von Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre. Ihr Sitz ist Hannover.

Das Stiftungskapital betrug Ende Dezember des vergangenen Jahres etwa 2,8 Milliarden DM. Im Jahr 1989 erreichte das Bewilligungsvolumen 198,4 Millionen DM. Seit 1962 hat das Kuratorium rund 3,4 Milliarden DM für etwa 18 400 Projekte bewilligt.

Die Volkswagen-Stiftung kann nach ihrer Satzung Mittel für alle Bereiche der Wissenschaft bereitstellen, sie hat jedoch ihr Förderprogramm auf thematisch und zeitlich wechselnde Schwerpunkte begrenzt, ist aber auch offen für Ausnahmen.

Foto: ZFF (Engel)

Im Heft Nr. 545 des Deutschen Nachrichtenmagazines DER SPIEGEL ist unter der Überschrift „SED-Professoren lehren immer noch“ ein Artikel mit entstellenden Passagen über die Leipziger Universität erschienen. Hierzu erkläre ich:

1. Auf Ersuchen fand am 29.11.90 (!) mit Zustimmung der Mitglieder des Vertrauensausschusses ein etwa 2-stündiges Gespräch zwischen Herrn Lutz Spenneberg von der SPIEGEL-Redaktionsvertretung Leipzig, Herrn Konrad Taut und mir als Vertreter des Vertrauensausschusses statt.

2. Zentrales Gesprächsthema war die Arbeit des Vertrauensausschusses. Wir haben im besonderen die erkennbaren Hemmnisse angesprochen, in der Hoffnung, auch seitens der Medien Unterstützung zu finden. Im Kontrast zur gängigen Meinung, daß an der Leipziger Universität nichts zur Erneuerung geschähe, wurden bis dahin bekannte Aktivitäten benannt.

3. Über eventuelle Konsequenzen aus den Erhebungen des Ausschusses

Richtigstellung

ist auf der Basis des Einigungsvertrages gesprochen worden.

4. Am 30.1.91 übergab mir Herr Spenneberg das Spiegelheft mit dem Hinweis, daß der Artikel in der Hamburger Redaktion zusammengestellt worden sei, allerdings mit starken Verkürzungen seines Berichtes, die nach meinem Eindruck nicht den ursprünglichen Absichten entsprachen.

5. Nach Kenntnis des Textes habe ich am 30.1.91 gegen die mißverständliche Darstellung energisch Einspruch erhoben (telefonisch bei Sp., schriftlich gegenüber der SPIEGEL-Redaktion).

6. Mein Widerspruch bezieht sich speziell auf die geradezu irrsinnige Forderung, a 11 e Wissenschaftler jenseits des 56. Lebensjahres zur Disposition zu stellen. Das ist so nicht gesagt worden, das Gespräch bezog sich auf die MIS-Mitarbeiter.

Expertenmeinung zur SU-Wirtschaft

Eine Expertenmeinung zu dem Thema „Probleme der Transformation sozialistischer Betriebe in die Marktwirtschaft“ bietet der Vortrag von Prof. Dr. Starodubrowskij, stellvertretender Direktor des Internationalen Forschungs-Instituts für Probleme der Leitung/Moskau, am 12. Februar 1991, 14 bis 16 Uhr im Hauptgebäude, Sitzungssaal (Erdgeschoß). Der Gast weilt vom 11. bis 18. Februar auf Einladung der Wirtschaftswissenschaftler an der Karl-Marx-Universität.

Veranstaltung zum Thema Umweltschutz

Zu einer Informations- und Beratungsveranstaltung sind Unternehmensgründer, Kommunalpolitiker sowie Natur- und Ingenieurwissenschaftler für Freitag, den 15. Februar eingeladen. Veranstalter sind die Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, die UM-PLAN Beratungsgesellschaft mbH Frankfurt und der Verein Deutscher Ingenieure Leipzig. Beginn ist 9 Uhr in der Technischen Hochschule Leipzig, Hochschulstraße Dimitroffstraße, Hörsaal 201. Ende ist gegen 16 Uhr, es werden keine Teilnahmegebühren erhoben.

Unter der Thematik „Umweltschutz als Aufgabe und Chance“ wollen die Veranstalter einen ersten Versuch unternehmen, die Verantwortung für unsere Umwelt zu fördern und die Lösung der damit entstehenden Probleme gleichzeitig als marktwirtschaftliche Aufgabe anzunehmen. Die Referenten sind langjährig erfahrene Praktiker aus Verwaltung und Wirtschaft, die bereit sind in der Lage sind, ihr „Know-how“ weiterzugeben.

Anzeige

Schreibe Ihre Dissertation, Habilitationsschrift, Diplomarbeit u. a. Veröffentlichungen in deutsch und allen slawischen und romanischen Sprachen. Tel. 2 31 41 57.

Allerdings bin ich der Ansicht, daß erklärte Stasi-Arbeit eine unverzügliche disziplinarische Konsequenz haben muß. Die Rechtsgrundlagen sind vorhanden. Und ich trete dafür ein, daß nicht nur ich in den sog. „sensiblen Bereichen“ die Qualifikation der Hochschullehrer nach internationalen Maßstäben eingeschätzt werden muß. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß 20 - 30 % der berufenen Kader nichts an der Hochschule zu suchen haben (darauf bezog sich die glossierende Randbemerkung über die „Taschenlampen“). Bei allen Entscheidungen muß eine vernünftige Relation zwischen fachlicher Kompetenz und politischer Vergangenheit hergestellt werden. Und ich bleibe bei der Meinung, daß jeder DDR-Bürger (allerdings nicht nur diese) in irgendeiner Weise Schuld trägt an der abgelaufenen politischen Entwicklung. Keiner kann sich freisprechen, und nicht alle dürfen jubilieren.

Prof. em. Dr. sc. med. FRITZ MEISSNER

Stellungnahme der Fakultät für Kultur-, Sprach- und Erziehungswissenschaften zur Abwicklung von Einrichtungen im Fakultätsbereich

Die nachfolgende Stellungnahme ist das Ergebnis einer Diskussion in der Fakultät für Kultur-, Sprach- und Erziehungswissenschaften am 17. Dezember 1990. Auf Grund äußerer widriger Umstände war eine rechtzeitige Veröffentlichung nicht möglich. Die Mehrheit der Fakultätsmitglieder vertrat auf der Sitzung am 21.1.1991 den Standpunkt, sie trotz mangelnder Aktualität - die wesentlichen der formulierten Forderungen sind inzwischen erfüllt - zu veröffentlichen.

Die Mitglieder der Fakultät haben auf ihrer Sitzung am 17.12.1990 die von der Landesregierung angeordneten Maßnahmen in einer ebenso sachlichen wie kritisch-selbstkritischen Grundhaltung ausführlich erörtert und sich - aller Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen ungeachtet - auf die folgenden Gesichtspunkte einer Standpunktbildung geeinigt:

1. Wir finden die Art und Weise des praktizierten Umgangs mit der Leitung der Universität sowie mit den betroffenen Hochschullehrern und Mitarbeitern aufs äußerste kritikwürdig, weil in dieser Form der Sache abträglich.

2. Zugleich betonen wir, daß auch nach unserem Urteil einschneidende strukturelle Veränderungen an den Hochschulen der neuen Bundesländer notwendig sind und nicht länger aufgeschoben werden dürfen. Das Erscheinungsbild des Demokratisierungs-

prozesses, das insbesondere die Leipziger Universität der durch die Medien zusätzlich „sensibilisierten“ Öffentlichkeit unseres Landes geboten hat, mußte mit Recht den Eindruck eines dringend vorhandenen Handlungsbedarfs hervorgerufen, obwohl eine Vielzahl von eindeutig positiv zu bewertenden Aktivitäten nicht zuletzt auch an vielen der jetzt betroffenen Einrichtungen der Fakultät zu verzeichnen war.

Hier ist insbesondere auf die großen und, wie wir glauben, insgesamt auch erfolversprechenden Anstrengungen zur Erarbeitung neuer Studienprogramme und Ausbildungsprofile zu verweisen und auf die gerade Gestalt annehmenden Umstrukturierungsvorschläge im Rahmen der Fakultät. Wir stellen mit tiefem Bedauern fest, daß diese umfangreichen, von vielen Studierenden, Mitarbeitern und Hochschullehrern getragenen Vorhaben der zurückliegenden Wochen und Monate vom Minister offenbar nicht zur Kenntnis genommen wurden, jedenfalls in seine Bewertung der Situation nicht erkennbar eingegangen sind. Wir sehen darin die Gefahr künftiger Frustrationen und einer um sich greifenden Resignation, die unseres Erachtens gerade jetzt vermieden werden sollten.

3. Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß es an der Universität, darunter auch an den Einrichtungen dieser Fakultät Kräfte gibt, die bereit sind in der Lage sind, den notwendigen Selbstreinigungsprozess mit - unverzichtbarer

- fachkompetenter Unterstützung von außen voranzutreiben. Wir bitten dringend darum, der Wirksamkeit dieser Kräfte stärkere offizielle Beachtung zu schenken und für die Zukunft größere Möglichkeiten der Bestätigung einzuräumen.

4. Wir unterstützen uneingeschränkt die Position der Universitätsleitung in bezug auf den absoluten Vorrang von Anforderungen der Ausbildung in der gegenwärtigen Situation. Wir wollen vor allem nach Kräften darauf hinwirken, daß die Studierenden der betroffenen Einrichtungen in ihren berechtigten Interessen eines möglichst unbeeinträchtigten Fortgangs bzw. Abschlusses ihrer Ausbildung alle mögliche Unterstützung erfahren. Im Blick auf die Verwirklichung dieses Anliegens halten wir alle Formen der Streiks oder Rücktrittserklärungen für nicht zweckdienlich und bitten alle Kolleginnen und Kollegen, zumindest für die nächsten Wochen davon Abstand zu nehmen.

5. In Sorge um den Fortbestand der geschichtlich gewachsenen universitären Literatur möchten wir die Notwendigkeit hervorheben, daß unbeschadet der Beseitigung derzeitiger Strukturen die in Frage kommenden Fächer bzw. Wissenschaftsbereiche auch in Zukunft unbedingt vertreten bleiben müssen. Daran ist, soweit wir uns aus den uns zugänglichen Informationen dazu ein Bild machen können, seitens der Landesregierung nicht in allen Fällen gedacht (Journalistik/Medienwissenschaft, Kulturtheorie, Pädagogik, Entwicklungslandstudium). In Wahrnehmung unserer Verantwortung für diese Fakultät müssen wir aber darauf dringen, daß auf Dauer keinerlei Einbußen am Lehr- und Forschungspotential unserer Universität zugelassen werden.

Die Mitglieder der Fakultät für Kultur-, Sprach- und Erziehungswissenschaften

Leser-Forum

Oder wie?

Offene Anfrage an Herrn Prof. Dr. sc. Dr. G. Wartenberg, Kandidat für das Rektoramt

Sehr geehrter Herr Kollege, In einer ZDF-Diskussion am 29. 1. 91 in der Moritzbastei erklärte der sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst nachdrücklich, bei der Frage nach der politisch-moralischen Integrität gebe es keineswegs um hochnotpeinliche Befragungen, auch nicht um politisch-weltanschauliche Haltungen und Bekenntnisse, sondern einzig um die Feststellung, ob jemand in der Vergangenheit Kollegen oder Studenten aus politischen Gründen Schaden zugefügt habe.

Ein von Ihnen unterzeichnetes Schreiben vom 17. 1. 91 hingegen stellt folgende „Zusatzfragen zu politisch-moralischer Integrität“

- a) Zugehörigkeit und Funktionen in Parteien und Massenorganisationen seit 1945
- b) Besuch von Partei- und FDJ-Schulen
- c) Mitarbeit in Parteigremien (auf allen Ebenen)
- d) Mitgliedschaft und Funktionen in Kampfgruppen
- e) Aufgaben innerhalb der Universität und im außeruniversitären Bereich
- f) Erklärung zu möglichen Kontakten zur Staatssicherheit“

Ist dieses Schreiben durch die öffentliche Erklärung Ihres vorgesetzten Ministers außer Kraft gesetzt? Oder straft die Universitätsleitung den Minister Lügen? Oder erklärt dieser öffentlich etwas anderes, als er intern anweist? Oder wie?

Mit vorzüglicher Hochachtung Prof. Dr. sc. Günter Raue Leipzig, am 30. 1. 91

Schnelle Reaktion

Sehr geehrter Herr Kollege Raue!

Mit großem Erstaunen habe ich Ihren „Offenen Brief“ vom 30. Januar 1991 gelesen, in dem Sie auf ein Schreiben des Rektorskollegiums Bezug nehmen. Dieses gibt einen Beschluß des Akademischen Senats vom 16. Januar 1991 wieder und richtet sich an die Fakultäten und Einrichtungen, in denen zur Zeit Gründungs- und Begutachtungsausschüsse gebildet werden. Die von Ihnen kritisierten „Zusatzfragen“ werden den Angehörigen der Universität, die in diesen Kommissionen mitarbeiten sollen, vorgelegt. Damit trifft der von Ihnen vermutete Widerspruch zu Äußerungen des Ministers keinesfalls zu. Bei der Entscheidung, ob jemand in den genannten Gremien mitarbeiten kann, genügt sicher nicht nur die „Feststellung, ob jemand... aus politischen Gründen Schaden zugefügt“ hat.

Das Rektorskollegium wird sich auch in Zukunft allen Versuchen widersetzen, politische Überzeugungen zur Grundlage von Personalentscheidungen zu machen. Das gilt in besonderer Weise für die angestrebte Begutachtung, die sich auf die fachliche Kompetenz und politisch-moralische Integrität aller Hochschullehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität bezieht.

Mit freundlichem Gruß Prof. Dr. Dr. Günther Wartenberg 5.2.1991

Schlichtweg in die verkehrte Richtung

Vor der Rezension des von mir mit-herausgegebenen Buches „Leipzig im Oktober“ von K. Robert Sauerlat (UZ 4/91) freute ich ein wenig ratlos. Natürlich freut man sich als Autor eines Textes, wenn man gelobt wird, und Kritik, berechtigte und unberechtigte, ist allemal schwer zu verkraften. Wie aber soll man reagieren, wenn eine Rezension die verfolgte Intention derart verfehlt, wie das Herrn Sauerlat unterlaufen ist? Soll man die Sache links liegen lassen oder empört sein, sich rechtfertigen oder die Rezension seinerseits rezensieren? Ich begnüge mich damit, ein paar Richtigstellungen anzubringen.

Anliegen unseres Bundes war nicht, den „protestantischen Charakter der Revolution“ zu belegen. Vielmehr kam es um eine Entmythologisierung jener mythologisch ausgeschmückten Behauptung an, daß es die Kirchen waren, die die „Wende“ herbeigeführt hätten. Deshalb haben wir versucht, den Umbruch in der DDR nicht monokausal, sondern durch Bezugnahme auf eine ganze Reihe von Wirkungsfaktoren zu erklären. Neben der Kirche weisen wir auf die intern angestiegenen Spannungszustände hin, auf die wirtschaftlichen Mißstände im Lande und die

daraus resultierende Unzufriedenheit in der Bevölkerung, auf die Auswirkungen der Perestrojka auf die DDR, auf die in starkem Maße damit zusammenhängenden Differenzierungsprozesse innerhalb des parteiischen und polizeilichen Machtapparates, auf das Wirtschaftsgefälle zwischen Ost und West und nicht zuletzt auch auf die Bedeutung, die die Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze für den Umbruch in der DDR hatte. „Christliche Deutungen“ dieser nur schwer fallbaren komplexen Zusammenhänge haben wir uns erhalten. Und von „Revolution“ ist in dem Hand meines Wissens an keiner Stelle die Rede. Zweifellos hat die Kirche für das Zustandekommen des Umbruchs eine Rolle gespielt. Sie war ein Kristallisationspunkt des Massenprotests. Aber das Anliegen unseres Buches bestand gerade darin zu zeigen, daß sie weder der einzige noch der ausschlaggebende Faktor der „Wende“ war. Es ist bedauerlich, daß Herr Sauerlat das nicht verstanden hat.

Offenbar war ein Urteil über den Band schon fertig, nachdem er gelesen hatte, daß er von Theologen stammt. Dann freilich muß man fragen, wen er mit seiner Rezension eigentlich treffen wollte. An dem Buch hat er jedenfalls vorbeigesehen. Sein Scheiß geht schlichtweg in die verkehrte Richtung.

Dr. DETLEF POLLACK, Theologische Fakultät

Anmerkung der Redaktion:

Der Rezensent Sauerlat hatte sich bei uns als erster zu diesem Buch zu Wort gemeldet, nachdem wir schon vor Wochen Wissenschaftler der Sektion Geschichte darum gebeten hatten. Auch die Redaktion hatte nicht das beste Gefühl und schon gar nicht die gleiche Meinung wie Herr Sauerlat, sich aber dennoch entschlossen, getreu dem Motto „Offen für jede Meinung“, die Rezension zu veröffentlichen. Dies zum Verdragen. Im weiteren wird die Redaktion eingehende Meinungen und Wortmeldungen zu „Leipzig im Oktober“ veröffentlichen - auch weil wir der Auffassung sind, daß dies ein wichtiges Buch von KMU-Wissenschaftlern ist.

An alle, die ihr Selbstbewußtsein noch nicht verloren haben!

(Aus dem offenen Brief des Studenterrates der Humboldt-Universität)

Seit mehreren Wochen wenden sich die Studierenden der ehemaligen DDR gegen „Abwicklung“ ihrer Universitäten. Ihr Protest gilt vor allem der anmaßenden Willkür und Arroganz derjenigen, die sich selbst zum Richter einer Vergangenheit machen, mit der sie nicht konfrontiert waren. Den ehemaligen DDR-Bürgerinnen wird eine allgemeine Unfähigkeit unterstellt, ihre Zukunft frei und selbstbewußt zu bestimmen. Uns scheint der Prozeß der Wiedervereinigung zunehmend den Charakter einer Kolonialisierung und Okkupation anzunehmen. Tausenden von ArbeiterInnen wurde gekündigt, Betriebe werden von der Treuhänder verschachert, ohne die Chance zu erhalten, den Anschluß an den Weltmarkt selbst zu vollziehen; Theater werden geschlossen, Rundfunk- und Fernsehkanäle werden liquidiert und damit auch unsere Sendungen durch westliche ersetzt; ...Qualifikationen gehen plötzlich nicht mehr und müssen erneut unter Beweis gestellt werden; ... Die ostdeutsche Wissenschaftslandschaft wird völlig undifferenziert der Inkompetenz bezichtigt und soll auch jetzt nur unzureichend erneuert werden. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortführen, bis hin zum grünen Pfeil, der aus unserer Verkehrslandschaft verschwinden muß.

Wir denken, daß der Prozeß der Vereinigungsbewältigung nur von und mit uns gestaltet werden kann und nicht über unsere Köpfe hinweg. In der kurzen Zeit der Demokratisierung hatten wir Strukturen geschaffen, die es uns mehr als zuvor ermöglichten, selbst- und mitzubestimmen. Jetzt, wo dieser Prozeß in weite Ferne zu rücken scheint, erwachen neue Ohnmachtgefühle, auf die viele von uns mit Resignation und dem Rückzug ins Private antworten. Wir sind jedoch der Meinung, daß wir immer wieder verdeutlichen müssen, daß uns mehr demokratische Rechte zustehen, als uns momentan großzügig zubilligt werden. Nicht die, die jetzt über uns bestimmen, sondern die Bürgerinnen der DDR selbst waren es, die im Oktober 1989 friedlich und selbstbewußt uns einengend und diskriminierende Strukturen zerschlagen haben...